

Sparkassenfusion: UBV ruft nach Transparenz

Geld In Landsberg wird jetzt auch öffentlich Kritik laut.

Dabei hinterfragt ein Grünen-Politiker manches Argument der Banker

VON GERALD MODLINGER

Landsberg Die Diskussion, ob sich die Sparkasse Landsberg-Dießen mit den Nachbarinstituten in Fürstentfeldbruck und Dachau zusammenschließen soll, ist jetzt auch im Landkreis in der Öffentlichkeit angekommen. Dafür hat die UBV Landsberg gesorgt: Mit dem Größenzeller Kommunalpolitiker und Unternehmensberater Dr. Martin Runge (Grüne) diskutierten rund zwei Dutzend Besucher – darunter Stadt- und Kreisräte fast aller Fraktionen – über die von der Sparkasse angestrebte Fusion. Der Zweite Vorsitzende der UBV, Lars Labryga, sagte am Ende des Abends, seine Gruppe wolle eine transparente Diskussion anstoßen, an deren Ende die Stadt Landsberg (sie ist zu 50 Prozent Trägerin der Sparkasse) „zu einer eigenen Position findet“.

Zufall oder nicht: Die UBV-Veranstaltung fand wenige Tage nach einer Pressemitteilung der drei Sparkassen zum Stand der Fusion statt. Darin hatten die Banken über ein Mehrwertgutachten informiert (*LT berichtet*). Dieses solle untersuchen, welche Nutzen ein Zusammenschluss bringen könnte. Viel mehr ist an Nachrichten zur Fusion von den beteiligten Gremien bislang nicht an die Öffentlichkeit gedrungen. Was Martin Runge berichten konnte, stammte denn auch nicht

aus Landsberg oder Fürstentfeldbruck. Er habe seine Informationen aus Dachauer Insiderkreisen.

Ein Punkt ist dabei, wie die drei potenziellen Partner bewertet werden. Aus diesen Bewertungen werden sich die Anteile ergeben, mit denen die kommunalen Träger (drei Landkreise, drei Städte und drei Gemeinden) an einer etwaigen neuen Großbank beteiligt sein werden. Kriterien dafür seien die Bilanzsummen, die Ertragskraft und die Substanz, erklärte Runge. Er selber, so der Referent, würde sich aber eine

Gab es in Landsberg eine externe Beratung?

„reguläre betriebswirtschaftliche Ertragswertberechnung“ wünschen. Je nach Betrachtungsweise könnten unterschiedliche Anteile herauskommen, erklärte Runge, wobei es momentan offenbar ungefähr auf eine 40-40-20-Regelung mit Landsberg als kleinstem Partner hinauslaufen könnte. „Haben sich die drei Landsberger Träger extern beraten lassen?“, fragte Runge in diesem Zusammenhang. Er verwies auf Dachau, wo dies gleich zu Beginn der Fusionsdebatte geschehen sei.

Diskutiert wurde vor allem, warum es überhaupt notwendig sei, die Banken zusammenzuschließen: Die Zinserträge seien nicht ständig schlechter geworden, merkte Runge an. Wachsende Regulierungsanforderungen ließ er genauso wenig als Grund gelten: Denn es gebe auch Ansagen der Bundesregierung, kleinere Banken mit weniger als drei Milliarden Euro Bilanzsumme nicht stärker zu regulieren, sondern zu deregulieren. Da würde man aus Landsberger Sicht mit einer fusionierten Acht-Milliarden-Sparkasse ein „Eigentor“ schießen, gab Runge zu bedenken. Die Digitalisierung sei gleichfalls kein zwingender Grund, und Runge verneinte auch einen Zusammenhang zwischen Größe

und wirtschaftlichem Erfolg. Dabei verwies er auch auf die hiesige Situation: „Die Sparkasse Fürstentfeldbruck steht bei vielen Zahlen am schlechtesten da.“ Ähnlich argumentierte Grünen-Kreisrat Peter Satzger aus Landsberg: Sollte das Zinsgeschäft bei steigenden Zinsen schwieriger werden, komme es nicht auf die Größe der Bank, sondern die Größe der Rücklagen an. „Und da steht die Landsberger Sparkasse viel besser da“, so Runge.

Der Chef der UBV-Stadtratsfraktion, Christoph Jell, wies darauf hin, dass ein großer Teil der erwarteten Synergieeffekte durch Personalabbau zustande kommen solle. Da stelle sich die Frage, ob man das tatsächlich wolle und ob das ohne Not erforderlich wäre. Zweite Bürgermeisterin Doris Baumgartl fragte, ob es alternative Strategien gebe, Synergieeffekte zu erzielen.

Wiederholt kam die Frage auf, ob die Sparkasse Gewinne an die Träger ausschütten solle. Die Gewinne werden bislang überwiegend verwendet, um das Eigenkapital zu erhöhen. Die Möglichkeit, Gewinne auszuschütten, wäre bei einer Fusion weg, glaubt Lars Labryga. CSU-Stadtrat Christian Hettmer wandte dazu jedoch ein, dass eine Ausschüttung steuerpflichtig wäre. Da gebe es vielleicht sinnvollere Lösungen.

Kritisiert wurde auch die Informationspolitik der Sparkassen: „Es ist ein Skandal, dass die Kreisräte ein so wichtiges Thema entscheiden sollen, aber nicht alle Informationen haben“, sagte Runge und fügte an: „Es ist erstaunlich, wie es im Landkreis Landsberg gelungen ist, das Thema unter der Decke zu halten.“

Zu einem Austausch von Argumenten mit der Sparkasse kam es an dem Abend nicht: Vertreter des Vorstands wie des Verwaltungsrats hätten es abgelehnt, zu kommen, erklärte UBV-Chef Wolfgang Neumeier. Und die Kreisräte seien verpflichtet worden, aus einer Veranstaltung der Sparkasse nichts in die Öffentlichkeit zu tragen.



Ein Fusionskandidat: Die Sparkasse Landsberg-Dießen. Foto: J. Leitenstorfer



Eine öffentliche Angelegenheit

VON GERALD MODLINGER

redaktion@landsberger-tagblatt.de

Die öffentliche Debatte um eine Fusion der Sparkassen im Nordwesten Münchens ist nun auch in den Landkreis geschwappt. Und das ist kein Fehler, auch wenn die Sparkassen-Gremien das ganze Thema offenkundig lieber geräuschlos zum Abschluss bringen möchten. Es stimmt, dass Sparkassen Unternehmungen sind, die sich dem Wettbewerb stellen und wirtschaftlich arbeiten müssen. Es ist auch richtig, dass sich die Umstände, unter denen dies geschieht, ändern, und dass man sich daran anpassen muss.

Allerdings: Sparkassen sind öffentliche Unternehmen, deren Träger Landkreise, Städte und Kommunen sind. Sie haben einen öffentlichen Auftrag über die Gewinnerzielung hinaus: Sparkassen sind Bürgerbanken, die die breite Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen versorgen sollen. Ihre Geschäftstätigkeit üben sie auf der Grundlage eines öffentlichen Auftrags und des Gemeinnützigkeitsprinzips aus. Es soll hier nicht bezweifelt werden, dass die politischen Entscheidungsträger insbesondere in den Verwaltungsräten diesen Gesichtspunkt nicht im Blick haben. Aber weil es hier eben auch um die Interessen der Öffentlichkeit geht, ist es durchaus angezeigt, dass über Fusionen transparent diskutiert wird, sich die Entscheidungsträger der Diskussion mit der Öffentlichkeit stellen und nachvollziehbar machen, aufgrund welcher Fakten sie sich ihre Meinung bilden – ohne gleich Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu verraten.